



Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

04. Dezember 2023

Seite 1 von 1

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Klaus Vossemer MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Aktenzeichen:

Z.EO/Z.21

bei Antwort bitte angeben

Ina Brandes

Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2023
TOP 5: „Kahlschlag bei der Landeszentrale für politische Bildung?“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion hat den o. g. Bericht beantragt. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Brandes

Anlage

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4338
Telefax 0211 896-4555
poststelle@mkw.nrw.de
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)



**Schriftlicher Bericht
der Ministerin für Kultur und Wissenschaft
an den Hauptausschuss**

Seite 2 von 3

„Kahlschlag bei der Landeszentrale für politische Bildung?“

Im Ministerium für Kultur und Wissenschaft wird die Stabsstelle *„Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“* eingerichtet und unmittelbar Frau Staatssekretärin Türkeli-Dehnert zugeordnet. Aufgabe der Stabsstelle ist die Präventionsarbeit in den genannten Bereichen. Mit der Einrichtung der Stabsstelle werden die in verschiedenen Referaten der Gruppe 51 des Ministeriums - Landeszentrale für politische Bildung – verorteten Kompetenzen im Bereich der Präventionsarbeit in einer Arbeitseinheit gebündelt.

Den Kern der Stabsstelle bilden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bisherigen Referates 516 *„Präventionsarbeit gegen politischen und religiösen Extremismus, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus“*. Darüber hinaus werden in zwei weiteren Referaten der Gruppe 51 Themen der Extremismusprävention, namentlich der Salafismusprävention und der Bekämpfung des Antisemitismus, bearbeitet. Im Bereich der Verwaltungsorganisation gilt der Grundsatz *„Personal folgt der Aufgabe“*. Insoweit wechseln die beiden zuständigen Mitarbeiter mit ihren Aufgaben in die Stabsstelle.

Die Ausstattung der Stabsstelle wird eine Referatsleitung, fünf Referentenstellen und eine Sachbearbeitungsstelle umfassen. Der Fokus der Stabsstelle liegt mit dieser Personalausstattung auf der konzeptionellen wie inhaltlichen Präventionsarbeit. Dabei spielt die enge Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen sowie mit den Abteilungen des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft eine überaus wichtige Rolle.

Darüber hinaus werden in der Stabsstelle zwei auf Referentenebene und eine auf Sachbearbeitungsebene über Bundesmittel des Bundesprogramms *„Demokratie Leben!“* befristet beschäftigte Personen tätig sein.



Das jetzige Referat 515 „Gedenkstättenförderung, Erinnerungskultur“ soll integrierter Teil der Gruppe 52 „Weiterbildung, Lehrerausbildung, Zukunft durch Innovation, Kulturpflege der Vertriebenen“ werden. Nachteile ergeben sich für die Landeszentrale für politische Bildung daraus nicht. Die Umorganisation ist vielmehr sinnvoll insbesondere mit Blick auf die inhaltlich enge Verwobenheit mit den Themen des Referats 524 „Geschichte und Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung“ und das politisch bedeutsame Thema „Stalag 326“. Bereits jetzt wird dieses Thema maßgeblich von der Gruppenleitung 52 begleitet.

Eine Erhöhung des Baransatzes um 650.000 Euro im Kapitel 06 070 wurde durch die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen im laufenden parlamentarischen Haushaltsberatungsverfahren eingebracht (Drucksache 18/6938). Die Antragsteller betonen die Bedeutung von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit, der Erhöhung der Reichweite in sozialen Medien als auch die Forschung auf dem Gebiet der Präventionsarbeit. Damit stecken die antragstellenden Fraktionen einen breiten Handlungsrahmen ab, der nach hiesiger Auffassung organisatorisch am besten in einer Einheit innerhalb des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft bearbeitet werden kann, wodurch Schnittstellen reduziert und unterschiedliche Kompetenzen vereint werden. Im Übrigen wird auf die laufenden parlamentarischen Beratungen verwiesen.

Bei einer Änderung der internen organisatorischen Verfasstheit des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft handelt es sich um eine originär ressortinterne Entscheidung.